



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/03/israel-opt-end-cruel-travel-ban-on-amnesty-staff-member/>

PRESSEMITTEILUNG

25. März 2020, 15:19 UTC

ISRAEL/BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: Grausames Reiseverbot gegen Amnesty-Mitarbeiter sollte aufgehoben werden!

Amnesty International legte am heutigen 25. März 2020 eine Eingabe an den Jerusalemer Bezirksgerichtshof vor, um das grausame Reiseverbot aufheben zu lassen, das die israelischen Behörden gegen ein Mitglied ihrer Belegschaft angeordnet hatten.

Gegen den in der besetzten Westbank lebenden Palästinenser und Kampagnebeauftragten Laith Abu Zeyad ist seit Oktober 2019 aus nicht dargelegten "Sicherheitsgründen" von den israelischen Behörden ein Reiseverbot verhängt worden. Alle früheren Versuche von Amnesty International, über Verwaltungskanäle eine Aufhebung dieses Verbotes zu erwirken, wurden abgewiesen.

„Die Behauptung, dass Laith Abu Zeyad ein Sicherheitsrisiko darstelle ist schamlos und absurd. Er kennt die Einzelheiten der gegen ihn gerichteten Vorwürfe nicht und hat somit keine echte Möglichkeit, sich dieser zu erwehren. Mit dem Reiseverbot reagieren die israelischen Behörden wahrscheinlich auf Laith Abu Zeyads Kritik an ihrer abgrundtief üblen Menschenrechtshistorie. Sie bringen grundlose Vorwürfe gegen ihn an, die ihn lediglich diskreditieren sollen. Das können wir so nicht hinnehmen,“ sagte Saleh Higazi, stellvertretender Leiter der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

„Dieses willkürlich verhängte Reiseverbot hindert Laith Abu Zeyad nicht nur daran, seiner beruflichen Arbeit nachzugehen. Es bringt auch verheerende persönliche Konsequenzen für ihn mit sich. Im Dezember letzten Jahres wurde ihm verboten, seine Mutter, die an einer Krebserkrankung litt, zu besuchen. Dadurch hatte er keine Möglichkeit mehr, seine Mutter vor ihrem Tod noch einmal zu sehen. Unsere Eingabe an das Gericht ist ein weiterer Schritt, mit dem wir versuchen, dieser Ungerechtigkeit jetzt ein Ende zu setzen.“

In ihrer Eingabe nennt Amnesty International den Militärkommandanten der Westbank, die Zivilverwaltung und die Israelische Sicherheitsagentur (den israelischen Inlandsgeheimdienst *Shin Bet*) als Antragsgegner und fordert die Aufhebung des Reiseverbotes.

*„Für alle Menschen auf der Welt ist dies eine Zeit großer Unsicherheit. Doch für die Palästinenser*innen, die in der besetzten Westbank leben, werden die verhängten Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus durch die willkürlichen, grausamen und unnötigen Einschränkungen, die ohnehin schon jeden Bereich ihres Alltags bestimmen, noch weiter verschärft“* so Saleh Higazi.

*„Wir bitten den Hof, das als Strafe gedachte Reiseverbot, das gegen Laith Abu Zeyad verhängt wurde, wieder aufzuheben und fordern die israelischen Behörden dringend auf, solche missbräuchlichen Maßnahmen gegen palästinensische Menschenrechtsaktivist*innen nicht weiter zum Einsatz zu bringen.“*